

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 4. Dezember 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 103 Postulat Schumacher Urs Christian und Mit. über ein sofortiges mRNA-Impfmoratorium im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 103 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Urs Christian Schumacher hält an der Dringlichkeit fest.

Urs Christian Schumacher: Die SVP-Fraktion ersucht die Regierung, ein mRNA-Impfmoratorium zu prüfen und gegebenenfalls zu verfügen. Hintergrund sind insbesondere der bisher ungeklärte Geburtenrückgang und die anhaltende Übersterblichkeit – beides seit 2022 – sowie Sicherheits- und Wirksamkeitsbedenken wegen der bekannt gewordenen Informationen zu den zwei mRNA-Herstellungsverfahren wegen der Mitteilung der Zulassungsbehörde EMA (European Medicines Agency) an das Europaparlament und aufgrund der Informationen aus den bekannt gewordenen mRNA-Lieferverträge für Südafrika und die EU. Die Dringlichkeitskriterien sind wie folgt gegeben: Das Thema hat ein aussergewöhnliches gesundheitspolitisches Gewicht, da mutmasslich nicht unerhebliche gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung zur Diskussion stehen. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub, weil die Impfkampagnen und die Impfeempfehlungen zu diesen Produkten im Winterhalbjahr weiterlaufen. Das Anliegen wird in dieser Session nicht in einem ordentlichen Geschäft, behandelt und es tangiert kein laufendes Verfahren. Das Anliegen fällt gemäss Artikel 58 des Heilmittelgesetzes zu den behördlichen Massnahmen in die Kompetenz der Kantone. Ich zitiere: «Bei einer unmittelbaren und schwerwiegenden Gesundheitsgefährdung können auch die Kantone die erforderlichen Verwaltungsmassnahmen treffen.» Wie am Wochenende zu erfahren war, empfehlen der Impfchef Christoph Berger und der Bund, dass man das Virus zirkulieren lasse. Das gehöre zum Konzept der gegenwärtigen Impfstrategie, da man so die Grundimmunisierung fördere. Man zieht den Kopf aus der Schlinge und überlässt das Impfgeschäft den Kantonen. Noch ist es Zeit, um zu sagen, man habe es nicht besser gewusst. Ich bitte Sie, dem Antrag der SVP-Fraktion auf Dringlichkeit zu folgen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuur.

Michaela Tschuur: Unser Rat ist dezidiert der Meinung, dass wir die Mittel der Impfkampagnen, um das Corona-Virus einzuschränken, durchaus in allen Facetten benutzen. Aber die Dringlichkeitskriterien Ihres Rates sehen wir nicht als erfüllt an. Das Anliegen kann auch im Rahmen einer folgenden Session ordentlich beraten werden.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 84 zu 25 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.

Urs Christian Schumacher zieht sein Postulat zurück.